

Antrag A005: Rechtsextremismus bekämpfen. Demokratie verteidigen. Für ein Verbot von Reichs- und Reichskriegsflaggen

Antragsteller*in:	DGB-Bezirk Sachsen
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Demokratischer und wirtschaftlicher Aufbruch - Gewerkschaften gestalten Zukunft

- 1 Der DGB setzt sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und jede Form
- 2 von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein und verteidigt wehrhaft unsere
- 3 Demokratie.
- 4 Dafür sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:
- 5 • Der DGB baut seine Anstrengungen für die Demokratieförderung und den Kampf gegen
- 6 Rechts in Betrieben und Dienststellen aus. Dabei unterstützen wir Betriebs und
- 7 Personalräte, zu deutlich mehr Betriebs- und Dienstvereinbarungen gegen
- 8 Rassismus und für Zusammenhalt und Demokratie zu kommen. Zudem sollen
- 9 demokratiestärkende Projekte und Aktivitäten in den Belegschaften aktiv
- 10 gefördert und weiterentwickelt werden.
- 11 • Der DGB wird in allen gewerkschaftlichen Gremien regelmäßig über
- 12 rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, ihre Netzwerke und
- 13 Arbeitnehmerinitiativen in Deutschland informieren. Wir entwickeln spezifische
- 14 Bildungsangebote für unsere Mitglieder weiter, zeigen Flagge und arbeiten mit
- 15 demokratischen Partner*innen in der Zivilgesellschaft und in Netzwerken
- 16 verlässlich zusammen.
- 17 • Der DGB wird in den Reihen seiner Mitgliedsgewerkschaften für eine
- 18 Mitgliedschaft im gewerkschaftlichen Kumpelverein „die Gelbe Hand“ werben. Wir
- 19 sind überzeugt, Deutschland braucht in den anstehenden Wandlungsprozessen mehr
- 20 und nicht weniger Kumpelkultur. Die Gelbe Hand ist unser Symbol. Der DGB setzt
- 21 auch Bildungs- und Unterstützungsangebote nach innen fort, um Angriffe von
- 22 rechts gegen die Gewerkschaften abzuwehren (derzeitiges Projekt ‚Vernetzung,
- 23 Aufklärung, Unterstützung‘ (VAU).
- 24 • Der DGB setzt sich dafür ein, dass ein bundesweites Demokratieförderungsgesetz
- 25 kommt. Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Konsens, der
- 26 antidemokratisches Verhalten und rassistische Ausgrenzung zurückweist und
- 27 sanktioniert.
- 28 • Der DGB sieht in der Partei AfD einen politischen Gegner. Die Politik der AfD
- 29 ist rassistisch, menschenverachtend, demokratie- und gewerkschaftsfeindlich.
- 30 Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind mit Mitgliedschaften in freien
- 31 Gewerkschaften unvereinbar. Darum grenzen wir uns als DGB weiterhin konsequent

- 32 und mit einer klaren Haltung von dieser Partei ab. Der DGB und seine
33 Mitgliedsgewerkschaften begrüßen ausdrücklich die bundesweite Beobachtung der
34 AfD als Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz.
- 35 • Der DGB macht seinen Einfluss auf Politik und Regierung dahingehend geltend,
36 dass das Verwenden von Reichs- und Reichskriegsflaggen bundesweit im
37 öffentlichen Raum verboten wird.